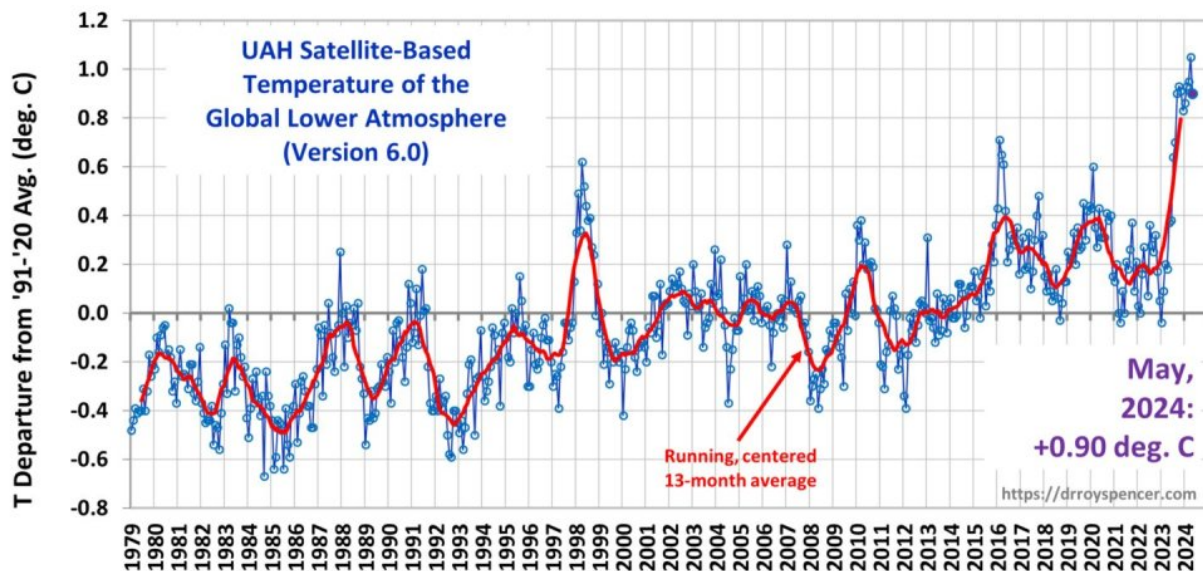


Warum ist es wärmer geworden? CO2 oder El Niño? von Fritz Vahrenholt

geschrieben von AR Göhring | 16. Juni 2024



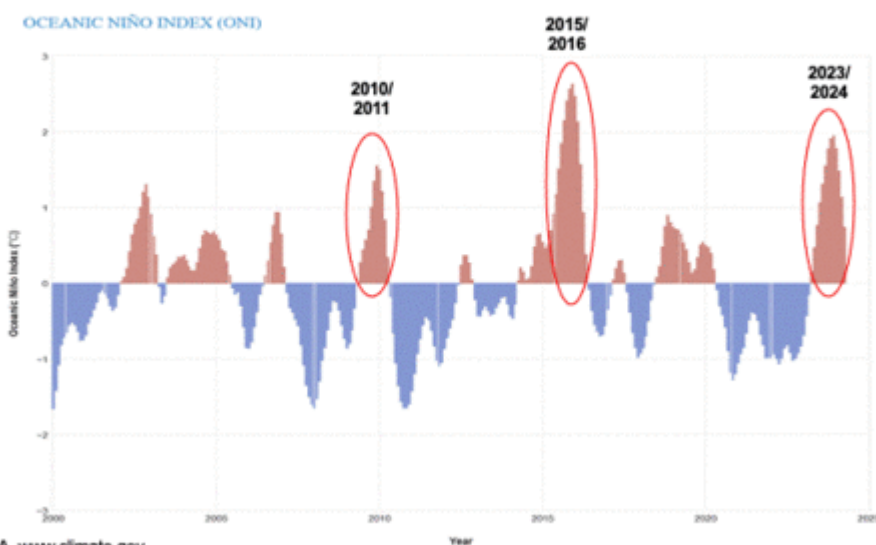
<https://www.drroyspencer.com/latest-global-temperatures/>

Zum Einstieg erhalten Sie wie bereits gewohnt meinen Monitor zum weltweiten Temperaturanstieg. Man sieht in 2023/24 eine außergewöhnliche Erwärmung. Deshalb beschäftige ich mich ein wenig mehr mit den möglichen Ursachen dieser Erwärmung. Denn im Augenblick wird diese außergewöhnliche Temperatursteigerung zum Anlass genommen, die CO₂-Politik weiter zu verschärfen. Daher befasse ich mich danach mit den Belastungen der Bürger durch die ständig wachsenden CO₂-Abgaben.

Nur CO₂ oder nur El Niño? Neue Erkenntnisse zum Temperaturanstieg

Im Mai 2024 ist die Abweichung der globalen Temperatur vom 30-jährigen Mittel der satellitengestützten Messungen der University of Alabama (UAH) gegenüber dem April gefallen. Der Wert beträgt 0,9 Grad Celsius. Die nächste Grafik zeigt, dass der starke El Niño im Pazifik beendet ist. Die US-amerikanische Wetter- und Ozeanografiebehörde NOAA geht sogar mit einer 70-prozentigen Wahrscheinlichkeit davon aus, daß sich bis September eine kalte La Niña-Phase entwickelt.

Besonders starke El Niños in den Jahren 2010/2011, 2015/2016 und 2023/24



Quelle: NOAA, www.climate.gov

Vergleicht man das Auf und Ab der El Niños und La Niños in dieser Grafik mit den Temperaturdaten in der ersten Grafik, so sieht man eine gute Übereinstimmung bei den besonders warmen Ausreißerjahren 2010/2011, 2015/2016 und 2023/24. Bereits 1998/99 gab es ein ähnlich starkes El Nino Jahr.

Doch in der klimapolitischen Debatte in Deutschland findet diese natürliche Ursache der Erwärmung keine Erwähnung. Wie man in dem ersten Diagramm der Satellitenmessungen (siehe oben) sieht, ist der Erwärmungstrend bei 0,15 Grad Celsius pro Dekade, das heißt 0,015 Grad Celsius pro Jahr. Aber selbst wenn dieser Erwärmungstrend allein durch die CO₂-Emissionen der Menschen bedingt wäre, könnte niemals eine temporäre Erwärmung von 0,5 bis 1 Grad von 2023 auf 2024 hierdurch erklärt werden.

Trotzdem sprach die Tagesschau von 2023 als dem wärmsten Jahr seit der Industrialisierung (um mal gleich den Verursacher dingfest zu machen) und dadurch die Forderung nach Einhaltung des Pariser Klimaabkommens zu unterstreichen. Der MDR sprach gleich vom wärmsten Jahr der letzten 125 000 Jahre.

Das Umweltbundesamt erwähnte zwar in seiner Stellungnahme zur besonderen Erwärmung das El-Nino Ereignis von 2023, um das Argument gleich vom Tisch zu nehmen:

„Dieser El Niño allein kann aber nicht die extremen Rekordtemperaturen im Jahr 2023 erklären.“

Neue *Nature*-Veröffentlichung erklärt die Erwärmung der letzten Jahre

Neben dem El Nino gibt es einen weiteren Effekt, der wenig mit dem CO₂-Anstieg zu tun hat. Seit 1980 nimmt die Durchlässigkeit der Wolken für kurzweilige Sonnenstrahlung zu. Das führt zu einer Zunahme der Sonnenscheindauer weltweit und in Europa. Mehr Sonneneinstrahlung im Sommer bedeutet mehr Erwärmung. Ich hatte schon in meinem newsletter von

August 2023 auf diesen Effekt hingewiesen. Im Vergleich zu den 80er Jahren haben wir heute in Europa 250 Stunden mehr Sonnenschein im Jahr. Eine der möglichen Ursachen war für mich schon damals – neben den ozeanischen Meereszyklen – der Rückgang der Aerosole (Staubteilchen in der Luft) auf Grund der Verringerung der Luftverschmutzung weltweit. Diese Staubteilchen dienen als Kondensationskeime und fördern die Wolkenbildung.

Die Verringerung der Luftverschmutzung als Ursache für einen großen Teil der Erwärmung der letzten Jahre ist nun durch die Realität und die Wissenschaft bestätigt worden.

2020 hat nach langen Auseinandersetzungen die internationale Schifffahrtsorganisation IMO den Einsatz von hochschwefelhaltigen Treibstoffen durch Schiffe verboten. Der Rückgang der schwefelhaltigen Emissionen auf den Weltmeeren ist seit 2020 gewaltig. Die Emissionen der Schifffahrt wurden auf einen Schlag um 77 % weltweit reduziert, in dem der maximale Schwefelgehalt des Schiffsdiesels von 3,5 auf 0,5 % reduziert wurde.

NASA Wissenschaftler kommen in einer Nature Veröffentlichung zum Ergebnis, dass durch die IMO-Luftreinhaltemaßnahme die Wolkenbildung zurückging und die kurzweilige Sonneneinstrahlung zunahm. Sie berechnen, dass die Erwärmung seit 2020 zu 80 % auf diese Massnahme zurückzuführen ist.

Damit kann CO₂ allerhöchstens 20 % der Erwärmung seit 2020 verursacht haben.

Warum wird diese aufsehenerregende Entdeckung der NASA-Forscher nicht in der deutschen politischen Klimadebatte diskutiert? Nur das Potsdam Institut für Klimafolgenforschung PIK sieht sein Felle wegschwimmen und hat erst mal vorsorglich die Schlussfolgerungen der NASA-Forscher in Zweifel gezogen, da – so Anders Levermann vom PIK – der Betrachtungszeitraum zu klein sei.

Der Einwand hat eine gewisse Berechtigung, jedoch findet die dramatische Zunahme der direkten Sonneneinstrahlung schon seit Jahren statt. Und die Staub- und Schwefeldioxidemissionen gehen seit zwei Jahrzehnten weltweit zurück. Dies zeigt die in Nature veröffentlichte NASA-Grafik der CERES-Satelliten, die die auf die Erde eingehende und von der Erde ausgehende Strahlung 10-24 km über der Erde messen.

Die Grafik zeigt einen starken Anstieg der solaren Sonneneinstrahlung seit der Umsetzung der Schwefelbegrenzung der IMO in 2020. Die Grafik zeigt aber noch etwas anderes. Die Zunahme der Sonneneinstrahlung begann nicht erst 2020. Schon seit 2004, verstärkt ab 2014, nimmt die direkte Solareinstrahlung sowohl in der Nord-als auch Südhalbkugel zu: im Norden um 1,75 Watt/m², im Süden um 1 Watt/m². Dieser Effekt wird durch die Verdünnung der Wolken bewirkt, so dass mehr Sonnenstrahlung auf die Erdoberfläche hindurchkommt.

Die Netto-Sonneneinstrahlung hat deutlich zugenommen



Zum Vergleich : die Zunahme des CO₂ seit 1750 hat laut IPCC eine Erwärmung von 2,16 W/m² bewirkt (IPCC, 2023 S. 943). Das entspricht der gleichen Größenordnung der seit 2004 zugenommenen Sonneneinstrahlung. Ein ähnliches Ergebnis wie die NASA-Forscher hatten bereits 2021 Hans-Rolf Dübal und Fritz Vahrenholt im Wissenschaftsjournal „atmosphere“ publiziert, in der lediglich 20 % der Erwärmung der letzten 20 Jahre auf das CO₂ zurückzuführen ist.

Das Ergebnis der NASA Forscher wurde von einigen Klimawissenschaftlern als eine dramatische zusätzliche Erwärmung interpretiert. Ja, die Erwärmung hat durch das Verbot des hochschwefelhaltigen Schiffsdiesels zugenommen, aber hier handelt es sich um einen Einmaleffekt, der sich in einigen Jahren eingependelt haben dürfte. Die gute Botschaft ist aber, dass offensichtlich dem CO₂ ein zu grosser Einfluss auf das Erwärmungsgeschehen zumindestens der letzten 20 Jahren (seit es Satellitenmessungen gibt) zugesprochen wurde. Denn nun bestätigen die NASA Forschern für die letzten vier Jahre, dass CO₂ nur einen Anteil von 20 % an der Erwärmung verursacht hat.

Die Politik handelt aber immer noch unverdrossen so, als ob CO₂ der einzig bestimmende Regelknopf für das Klima sei, koste was es wolle.

Die CO₂-Politik ist wirkungslos und wird immer teurer

Die in Deutschland bestimmende Klimapolitik beruht auf eklatanten Fehlannahmen und ist geprägt von ökonomischer Unvernunft. Sie versucht bis 2045 die CO₂-Emissionen auf Null zu bringen. Dazu dienen Verbote (Verbrennerverbot, Heizungsverbot, Kraftwerksausstieg) sowie ein Dickicht von Maßnahmen, die die Bürger mit immer höheren CO₂-Kosten belasten. Die zusätzlichen Einnahmen fließen in den Klima- und Transformationsfond des Bundes, aus dem unter anderem die steigenden Kosten der EEG-Umlage bezahlt werden. Die EEG Umlage steigt 2024 von geplanten 10 Milliarden € auf etwa 20 Milliarden €: Immer dann, wenn zuviel Sonnen- und Windstrom produziert wird und der Strompreis an der Börse wegen des Stromüberangebots zusammenbricht, erhalten die Investoren der Wind- und Solaranlagen trotzdem den für 20 Jahre zugesagten festen höheren Einspeisetarif. Um diese

steigenden Kosten und zusätzlich auch das Förderprogramm für Wärmepumpen zu finanzieren, müssen weitere CO₂-Steuern für die Bürger erfunden werden.

Schon die Einführung einer CO₂- Maut brachte eine zusätzliche Belastung von sieben Milliarden €, die am Ende die Konsumenten zu tragen haben. Die Belastung der Industrie durch CO₂-Zertifikate spülte 7,6 Milliarden € in den Klima- und Transformationsfond. Die CO₂-Abgabe für Gas, Öl, Benzin und Diesel stieg 2023 auf 10,7 Milliarden €. Diese Abgabe wurde in 2024 von 30 € auf 45 €/t CO₂ erhöht. Dadurch werden in diesem Jahr etwa 16 Milliarden € aus den Taschen der Verbraucher in den Klimaschutzfonds geschleust. Im nächsten Jahr soll die CO₂-Abgabe für die Bürger und das Gewerbe dann auf 55 €/t CO₂ steigen. Das spült dann 19,5 Milliarden € von den Bürgern in Habecks Klima- und Transformationsfond.

Diese als CO₂-Abgabe verdeckten Steuererhöhungen sind so geschickt auf einzelne Positionen verteilt, dass der Bürger es nicht direkt spürt. Er zahlt in diesem Jahr 175 € CO₂-Steuer für seine Ölheizung (bei einer 90 m²- Wohnung), 111 € für seine Gasheizung. Für die Nutzung seines Autos zahlt er zusätzlich 12,8 €ct pro Liter Benzin und 14,33 €ct für den Liter Diesel. Bei einer Laufleistung von 15000 km sind das rund 150 € CO₂-Kosten an der Tankstelle. Aber das reicht nicht für die Bedienung der grünen Spielwiese. In 2025 steigen die CO₂-Kosten für die Ölheizung auf 215 € pro Jahr und für den Kraftstoff auf etwa 185 € pro Jahr, zusammen also 400 € pro Haushalt pro Jahr.

Nun kann man einwenden, dass es ja sinnvoll ist, klimaschädliche CO₂-Emissionen teurer zu machen, um sie zu verringern. Aber mit einer Verringerung des Gas- und Ölverbrauchs im Alleingang nur in Deutschland wird kein Gramm CO₂ vermieden. Wie Altmeister Prof. Sinn nachgewiesen hat, wird durch die Senkung der Nachfrage in Deutschland kein Kubikmeter Gas oder Barrel Öl weniger weltweit gefördert. Der deutsche Alleingang hat zur Folge, dass die eingesparten Mengen an anderer Stelle in der Welt preiswerter verbraucht

werden. Denn die Ölförderung oder die Gasförderung der Förderländer wird durch die deutschen Einsparungen eben nicht reduziert. Es kann sogar zu einer Zunahme der CO₂-Emissionen führen, wenn etwa im Falle der Industrie aufgrund hoher CO₂-Preise in Deutschland Industrie nach China verlagert wird. China hat pro 1.000 Dollar Bruttoinlandsprodukt eine CO₂-Emission von 0,5 Tonnen. Deutschland pro 1000 Dollar Bruttoinlandsprodukt eine Emission von 0,15 Tonnen. Jede Verlagerung eines Arbeitsplatzes nach China führt zu einer Erhöhung der mit der Herstellung des Produktes verbundenen CO₂-Emissionen um mehr als das Dreifache!

Der Umweltbundesamt-Skandal

Ist schon die generelle CO₂-Politik schwer erträglich, so wird die unzureichende Kontrolle von Klimaschutzprojekten im Ausland, für die die Bürger hierzulande zur Kasse gebeten werden, zum Skandal. Wie in dieser Woche bekannt wurde, sind 4,5 Milliarden € den deutschen Autofahrern an den Tankstellen als Kosten für angebliche Umweltschutzprojekte zur Vermeidung von CO₂ in China abgezockt worden.

Worum geht es ? Mineralölkonzerne müssen nicht nur die oben erwähnte CO₂-

Abgabe an den Klima- und Transformationsfond abführen, sondern auch eine Treibhausgasquote erfüllen. Diese Treibhausgasquote, die in diesem Jahr bereits 9,25 % beträgt und bis 2030 auf 25 % ansteigen soll, kann nicht mehr allein durch die Zumischung von Biokraftstoffen erfüllt werden. Daher hat man der Mineralölwirtschaft erlaubt, die Treibhausgasquote durch die Finanzierungen von zertifizierten Projekten zur CO₂-Minderung in Entwicklungsländern zu erfüllen. Diese Klimaschutzinvestitionen, deren Kosten auf die Treibstoffkosten in Deutschland umgelegt werden, werden durch Zertifikate belegt, die das Umweltbundesamt und die Deutsche Emissionshandelsstelle, DEHST, prüft und genehmigt. Beide Behörden sind dem Bundesumweltministerium untergeordnet. Damit trägt die Bundesumweltministerin Steffi Lemke die politische Verantwortung für die Veruntreuung von 4,5 Milliarden €. Jeder Autofahrer in Deutschland hat für diese Veruntreuung 100 € bezahlt.

Rücktritt oder parlamentarischer Untersuchungsausschuß? Bisher Fehlanzeige.

Den Grünen fehlt es nicht nur an Sachverstand, sondern auch an politischem Anstand, Verantwortung für milliardenschweres Versagen zu übernehmen.